

Michael Däumer	Außenstelle Madrid
----------------	-----------------------

11. Oktober 2005

Portugals Reformpolitik am Scheideweg? Sozialisten verlieren deutlich bei den Kommunalwahlen

Die konservativen Sozialdemokraten (PSD) in Portugal können knapp acht Monate nach ihrer verheerenden Wahlniederlage bei den Parlamentswahlen erstmals wieder ein wenig aufatmen. Bei den Wahlen, den „autárquicas“, am 9. Oktober, zu denen rund 8,9 Millionen Portugiesen aufgerufen waren, in 308 Städten und mehr als 4000 Gemeinden neue Kommunalparlamente zu bestimmen, ging die PSD als stärkste Kraft hervor. Da in Portugal zwischen der staatlichen und lokalen keine regionalen Gebietskörperschaften existieren, wird den landesweit durchgeführten Kommunalwahlen erhebliche Bedeutung auch für die nationale Politik beigemessen. Für die sozialistische Regierungspartei PS von Ministerpräsident José Sócrates, welche die Parlamentswahlen im Februar 2005 noch mit absoluter Mehrheit für sich entschieden hatte, stellt das Ergebnis daher einen empfindlichen Dämpfer für ihre Reformpolitik dar. Die daraus resultierende Schwächung der Sozialisten stärkt im Gegenzug die oppositionelle konservative Sozialdemokratische Partei PSD.

Zum Wahlausgang: Verluste für die Sozialisten – Gewinne für die Konservativen

Die PSD unter ihrem Parteiführer Luis Marques Mendes zeigte sich von ihrer verheerenden Wahlniederlage bei den Parlamentswahlen vor acht Monaten gut erholt und erzielte bei den Kommunalwahlen einen überraschend deutlichen Sieg. Sie stellt künftig in 128 Städten den Bürgermeister in Alleinregierung; in weiteren 17 kann sie in Koalition mit der rechtskonservativen CDS-PP regieren. Die Sozialistische Partei PS erlitt im Vergleich zu der Parlamentswahl vom 20. Februar drastische Einbußen und erhält nur noch 102 Bürgermeisterämter. Das ist sogar noch eines weniger als bei dem verheerenden Wahlergebnis der letzten Kommunalwahlen 2001, welches letztlich zum Rücktritt des damaligen sozialistischen Regierungschefs Antonio Guterres und dem Verlust der Regierung

führte. Zwar liegt die PS mit landesweit ca. 36 Prozent der Stimmen vor der PSD (ca. 28 Prozent). Bezieht man jedoch die Ergebnisse der vielerorts von PSD und CDS-PP geschlossenen Wahlbündnisse (ca. 9 Prozent) ein, werden die Sozialisten auch hier auf den zweiten Rang hinter der PSD verwiesen. An dritter Stelle liegt die kommunistische CDU, die landesweit ca. 11 Prozent der Stimmen erzielte und in 32 Städten den Bürgermeister stellt. Der Linksblock BE kam auf ca. 3 Prozent und einen Bürgermeister. CDS-PP erzielte ohne die Wahlbündnisse mit der PSD ebenfalls ca. 3 Prozent und einen Bürgermeister.

Die wichtigsten Städte und Kommunen des Landes werden damit künftig von PSD-Bürgermeistern regiert. In Lissabon konnte sich der unabhängige, von der PSD unterstützte Kandidat Antonio Carmona Rodrigues überraschend klar gegen seinen sozialistischen Herausforderer durchsetzen. Damit kehrt er Monate, nachdem er seinen Posten an den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Pedro Santana Lopes abgegeben hatte, wieder in das einflussreiche Amt des Hauptstadtbürgermeisters zurück. Auch in der nordportugiesischen Wirtschaftsmetropole und Hafenstadt Porto errang der bisherige Amtsinhaber Rui Rio (PSD) einen überwältigenden Wahlsieg, obwohl kurz vor der Wahl veröffentlichte Umfragen noch einen Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem sozialistischen Kandidaten Francisco de Assis vorhergesagt hatten. In Sintra, dem größten Wahlkreis des Landes, setzte sich der Kandidat des Wahlbündnisses von PSD und CDS-PP, Fernando Seara, gegen den prominenten PS-Kandidaten Joao Soares, ehemaliger Bürgermeister von Lissabon und Sohn des früheren Präsidenten Mario Soares durch, dem zuvor gute Chancen eingeräumt worden waren.

Ursachen des Wahlausgangs: Massive Kommunikationsdefizite bei der Regierung

Die Gründe für die dramatische Niederlage der Sozialisten liegen vor allem in der öffentlichen Wahrnehmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik von Ministerpräsident José Sócrates. Nach der vom portugiesischen Wahlvolk als chaotisch angesehenen Regierungszeit des konservativen Ministerpräsidenten Pedro Santana Lopes hatte José Sócrates bei den Parlamentswahlen vom 20. Februar mit der absoluten Mehrheit einen erheblichen Vertrauensbeweis erhalten. Die Haushaltslage, die Sócrates von seinem Vorgänger geerbt hatte, zwang die Regierung, drastische Maßnahmen einzuleiten. Er hatte dem Land, das ein Haushaltsdefizit von rund 6,2 Prozent aufweist, eine Rosskur verordnet, indem er auf drastische Haushaltskürzungen bei gleichzeitigen Steuererhöhungen setzte. Darüber hinaus sah Sócrates eine Möglichkeit, die auf die lange Bank geschobenen Reformen des Öffentlichen Dienstes und des Arbeitsmarktes anzugehen, die alle Vorgängerregierungen bisher entweder vermieden hatten oder aufgrund des heftigen Widerstands der überstarken Gewerkschaften nicht durchsetzen konnten. Insbesondere sagte Sócrates dem von den Gewerkschaften unterstützten Beamtenapparat, der den Löwenanteil des Haushalts schluckt, den Kampf an. Selbst die Ehefrauen der Militärs – der Armee selbst wurde untersagt zu streiken – waren auf die Straße getreten, um gegen die Sparpolitik der Regierung zu demonstrieren.

Sócrates war sowohl überoptimistisch als auch überambitioniert an die Reformen gegangen. Er hat die Macht der absoluten Mehrheit überschätzt. Hinzu kommt, dass Sócrates die Reformfähigkeit der Bevölkerung überschätzte. Er war davon ausgegangen, die Wählerinnen und Wähler hätten ihm ein deutliches Mandat gegeben, rasche Reformen einzuleiten. Auch wenn er ordnungspolitisch korrekt handelte, unterließ es der Regierungschef, der Bevölkerung seinen rigorosen Spar- und Reformkurs zu vermitteln. Trotz massiver Proteste im Vorfeld der Kommunalwahlen, die ihm als Warnsignal hätten dienen können, ergriff Sócrates keine Gegenmaßnahmen, um seine Kommunikationsdefizite auszugleichen. Die Sozialisten liefen offenen Auges ins Messer.

Während die Sozialisten politischen Selbstmord begingen ganz nach dem Motto „Durch unpopuläre Maßnahmen verschafft man sich keine Freunde“, verhielten sich die Konservativen passiv. Auf diese Weise bot sich die PSD geradezu als Wahlalternative ohne Programm an. Sie musste lediglich am Wahltag die Scherben aufsammeln.

Reaktionen

Alle portugiesischen Medien und die internationale Presse sprechen von einem klaren Sieg der Opposition und einer herben Wahlschlappe für die Regierungspartei PS. Die portugiesische Tageszeitung *Diário de Notícias* titelte „Klarer Sieg für die PSD und eine schwarze Nacht für die PS“. Entsprechend war auch die Stimmungslage bei den Parteien nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse. Ministerpräsident José Sócrates gestand die Wahlniederlage umgehend ein, versuchte aber, die nationale Bedeutung der Wahlen herunterzuspielen und ihren lokalen Charakter zu unterstreichen. Einen Protest gegen seine Regierungspolitik wollte er nicht erkennen. Zur Wahl hätten nicht die Regierung, sondern die Gemeinderegierungen gestanden, so Sócrates. Die Portugiesen wussten sehr wohl zwischen den Kommunalwahlen und den nationalen Parlamentswahlen zu unterscheiden. Zugleich stellte er sich als eine Art moralischen Sieger dar, indem er erklärte, die Regierung würde ihr Handeln nicht nach Wahlterminen, sondern an den Notwendigkeiten des Landes ausrichten. Einen Politikwechsel schloss Sócrates aus. Haushaltskonsolidierung und Sparpolitik müssten fortgesetzt werden.

Im Gegensatz zum Ministerpräsidenten erkannten andere PS-Führungskräfte im Wahlergebnis sehr wohl einen Protest gegen die Regierung. So erklärte Augusto Santos Silva, Minister für Parlamentsangelegenheiten, die PS habe die Wahlen „klar verloren“, was auf eine große Zahl von Protestwählern gegen die schwierigen Maßnahmen der Regierung zurückzuführen sei. Auch der PS-Chef in Lissabon, Miguel Coelho, äußerte, die Regierung habe den Mut gehabt, schwierige Maßnahmen zu ergreifen, um der komplizierten Situation des Landes zu begegnen. Es sei nur natürlich, dass dies auch Rückwirkungen auf die Wahlen gehabt habe.

Während bei den Sozialisten lange Gesichter vorherrschten und die Enttäuschung über die große Niederlage nur schwer hinter hölzernen Erklärungen verborgen werden konnte, feierte die PSD ihren Wahlsieg in ausgelassener Jubelstimmung. Ihr Vorsitzender, Luís Marques Mendes, sprach von einem „großartigen Sieg“ und mit Blick auf die verlorenen Parlamentswahlen von einer „Versöhnung der Wähler mit der PSD“. Die Resultate sprächen eine klare Sprache; die PSD stelle die meisten Bürgermeister, habe die meisten urbanen Zentren und die meisten Landwahlkreise sowie die meisten Mandate und Stimmen insgesamt gewonnen, betonte Marques Mendes. Der Sieg, auch wenn er mit einer besonderen Stimmungslage und Besorgnis der Portugiesen über die Regierungspolitik im Zusammenhang stehe, gäbe der PSD eine starke Stimme als Alternative zur Regierung Sócrates, so der Parteichef weiter. Das Wahlergebnis führte er auch auf eine Vertrauenskrise der Regierung zurück, die keine klaren und kohärenten Ideen habe, um das Land aus der Krise zu führen. Zudem wäre der Missbrauch ihrer absoluten Mehrheit – z. B. bei der Nominierung von Verfassungsrichtern – jetzt auf die Regierung zurückgefallen. „Regieren mit absoluter Mehrheit bedeute eben nicht absolute Macht“, wiederholte Marques Mendes im Rückgriff auf ein im Wahlkampf häufig gebrauchtes Argument. Die PSD sehe sich nun darin bestärkt, die Regierung zu kontrollieren und bei den nächsten Haushaltsverhandlungen trotz absoluter Mehrheit der Sozialisten ein gewichtiges Wort mitzureden, machte der PSD-Chef klar.

Bewertung: Regierung und Opposition in der Zwickmühle

Der Wahlausgang ist eher als Niederlage der Regierung Sócrates denn als Sieg der oppositionellen PSD zu werten. Denn die Regierung schaffte es nicht, den Portugiesen die Notwendigkeit einschneidender Sozialreformen und einer strengen Sparpolitik zu vermitteln. Die Regierung befindet sich nun in einer Zwickmühle. Einerseits hat sie der EU versprochen, bis 2008 die Stabilitätskriterien einzuhalten, andererseits wird sie ihre Politik der Austerität nicht im bisherigen Maße weiter betreiben können. Darüber hinaus geraten die längst überfälligen Reformen und der Abbau des Öffentlichen Dienstes mit der Wahlniederlage ins Stocken. Sócrates ist gezwungen, die Zügel zu lockern und den Reformprozess zu verlangsamen, bevor es zu Generalstreiks kommt. Steckt Sócrates zurück, gerät der wirtschaftliche und fiskalische Erholungsprozess zum Erliegen. Zu allem Übel kommt noch hinzu, dass Portugal zumindest nach 2006 mit erheblich weniger EU-Fördermitteln auskommen muss. Dies verstärkt zusätzlich den Druck auf die Regierung. Trotz absoluter Mehrheit ist die politische Stabilität in Portugal gefährdet. Vorzeitige Neuwahlen sind keine Lösung, auch wenn die konservative PSD davon profitieren würde. Die Probleme würden damit nicht gelöst, sondern höchstens verlängert.

Der PSD wurde mit der Wahlniederlage der Sozialisten eine Verschnaufpause verschafft. Die Konservativen können sich neu sammeln und sich auf die Präsidentschaftswahl im Januar 2006 vorbereiten. Ihr Kandidat, der ehemalige Ministerpräsident Aníbal Cavaco Silva, der seine Kandidatur noch in diesem Monat offiziell verkünden will, hat allerbeste Chancen, zum Präsidenten Portugals ge-

wählt zu werden. Er wäre damit der erste Politiker der PSD, der das höchste Amt in der Republik erklimmen würde. Die Kandidatenlage des linken Spektrums, gegenwärtig vom ehemaligen Präsidenten Mário Soares angeführt, ist derzeit zutiefst gespalten, so dass die Aussichten für die Sozialisten, den bisherigen Amtsinhaber Jorge Sampaio zu beerben, denkbar gering sind. Von der Wahl Cavaco Silvas können die Konservativen profitieren. Doch dies setzt voraus, dass sie ihre Oppositionsrolle wirksam ausfüllen. Davon kann momentan nur wenig die Rede sein. Politische Alternativen kann sie kaum vorweisen. Zudem befindet sich die PSD nach der – von den eigenen Parteifreunden als solche wahrgenommenen – „Flucht“ von José Manuel Durão Barrosos nach Brüssel und der halbjährigen Regierungszeit von Pedro Santana Lopes, die in einem Debakel und Selbstmontageprozess der Partei endete, noch immer in einer Phase der Regeneration und Selbstfindung.

Die PSD muss und will den „Wahlsieg“ als Chance begreifen und für sich nutzen. Mit dem Erbe seiner Vorgängerregierung muss sich zwar zunächst José Sócrates beschäftigen, aber gleichzeitig muss sich die PSD mit der konzeptionellen Ausarbeitung von politisch realistischen Alternativen befassen. Das Wahlvolk hat der PSD einen kurzfristigen Vertrauensvorschuss in den Gemeinden erteilt. Nun muss sie erst beweisen, dass sie mit der desaströsen Haushaltslage in den Gemeinden fertig werden kann.

Michael Däumer / Stefan Reith

Ergebnisse der Kommunalwahlen in Portugal am 9. Oktober 2005

	2005		2001	
Wahlbeteiligung	60,83%		60,07%	
Parteien	Bürgermeister	Stimmen in %	Bürgermeister	Stimmen in %
Partido Social Democrata (PSD)¹ 	128	28,03%	133	28,12%
Partido Socialista (PS)² 	102	35,85%	103	34,27%
Partido Comunista Português (PCP)/ Partido Ecologista Os Verdes (PEV)³ 	32	11,03%	28	10,69%
Partido Popular (CDS-PP)⁴ 	1	3,05%	3	3,76%
Bloque de Esquerda (B.E.)⁵ 	1	2,96%	1	2,54%
Partido Social Democrata (PSD)/ Partido Popular (CDS-PP)⁶ 	17	9,32%	14	9,06%

¹ Partido Social Democrata = Sozialdemokratische Partei Portugals, EVP-Mitgliedspariei.

² Partido Socialista = Sozialistische Partei Portugals.

³ Partido Comunista Português (PCP)/ Partido Ecologista Os Verdes (PEV) = Zusammenschluss von Grünen (PEV) und Kommunistischer Partei (PCP). Beide gehören im Nationalparlament dem kommunistischen Block der „Vereinten Demokratischen Koalition“ (Coligacao Democrática Unitária – CDU) an.

⁴ Partido Popular = Konservative Volkspartei. Wurde wegen zunehmend europafeindlicher Orientierung aus der EVP ausgeschlossen.

⁵ Bloque de Esquerda = Linksblock.

⁶ In einigen Kommunalwahlkreisen bilden die Sozialdemokratischen Partei und die Volkspartei Wahlbündnisse.

